

younion
Die Daseinsgewertschaft

**Stadt
Wien**

Büro für Daseinsvorsorge
und Kommunalwirtschaft



VÖWVG


Österreichischer
Städtebund

Bei Rückfragen zum Forderungspapier wenden Sie sich bitte an:

younion
Die Daseinsgewertschaft

Referat

Internationales, EU & Daseinsvorsorge



+43 1 31316-83688



international@younion.at

Fürs Dasein Sorgen!

Europa – Forderungen für eine **starke Daseins.Vorsorge**

Daseins.Vorsorge in Europa in den Mittelpunkt – eine Politik für die Menschen,
damit wir die aktuellen Krisen besser bewältigen!



WIEN

VÖWVG


Österreichischer
Städtebund

**Stadt
Wien**

Büro für Daseinsvorsorge
und Kommunalwirtschaft

younion
Die Daseinsgewertschaft

Fürs Dasein Sorgen!

Europa – Forderungen für eine starke Daseins.Vorsorge

Zusammenfassung	1
Krise und Resilienz – Die Daseins.Vorsorge in den Mittelpunkt stellen	2
Städte und Gemeinden als zentrale Akteure der Daseinsvorsorge	3
Finanzierung der Daseinsvorsorge	4
Energie	5
Mobilität	6
Wohnen	7
Wasser	8
Soziales	9
Gesundheit	10
Digitale Infrastruktur	11

Zusammenfassung:

Um die aktuellen Krisen besser bewältigen zu können, braucht es eine europäische Politik, die die Daseinsvorsorge auf EU-Ebene in den Mittelpunkt stellt. Eine gut aufgestellte und bezahlbare Daseinsvorsorge sichert den Menschen auch in Zukunft ein gutes Leben. Die Bewältigung der Folgen der Klimakrise erfordert einen ökologischen und sozialen Umbau unseres Wirtschaftssystems. Dieser kann nur gelingen, wenn er nicht zu Lasten der Menschen, ihrer sozialen Sicherheit und der Qualität der

Daseinsvorsorgeleistungen geht. Es braucht daher eine aktive Gestaltung des „gerechten Übergangs“ („Just Transition“), darunter wird die sozialverträgliche Gestaltung des Übergangs zu einer postfossilen Wirtschaft verstanden. Soziale Verwerfungen sollen vermieden werden und die mit dem Wandel verbundenen Chancen für Wertschöpfung, Beschäftigung und Teilhabe sollen genutzt werden. Dazu dienen zielgerichtet begleitete arbeitsmarkt-, bildungs- und industriepolitische Maßnahmen.

Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ Die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der kritischen Infrastruktur
- ⇒ Erleichterungen bei der interkommunalen Zusammenarbeit für Städte und Gemeinden als zentrale Akteure der Daseinsvorsorge
- ⇒ Einen EU-Klimafonds und Entschärfung bei den Fiskalregeln, um den sozialökologischen Umbau zu finanzieren
- ⇒ Keine weitere Liberalisierung und Privatisierung der Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge
- ⇒ Allen Menschen die Versorgung mit sauberer und leistbarer Energie zu ermöglichen
- ⇒ Für alle Menschen eine sozialverträgliche Mobilitätswende einzuleiten und zu ermöglichen
- ⇒ Leistbares Wohnen für alle Menschen zu gewährleisten
- ⇒ einen EU-Blue Deal, um eine krisenfeste Wasserversorgung zu garantieren
- ⇒ die sozialen Dienstleistungen bedarfsgerecht auszubauen, um Frauen von der Care-Arbeit zu entlasten
- ⇒ eine gute und leistbare Gesundheitsversorgung für alle Menschen in der EU
- ⇒ neue Regelungen und Förderprogramme für den Ausbau und die Sicherung digitaler Infrastrukturen
- ⇒ Umsetzung einer Just Transition-Richtlinie



Krise und Resilienz – Die Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt stellen

Um den Menschen auch in Zukunft ein gutes Leben in einer gesunden Umwelt zu ermöglichen, brauchen die Menschen eine gut aufgestellte und leistbare Daseinsvorsorge.

Die öffentliche Daseinsvorsorge umfasst alle öffentlichen Dienstleistungen, die für das tägliche Leben von besonderer Bedeutung sind. Sie reicht von der Wasservers- und Abwasserentsorgung, der Abfallbeseitigung, der Verkehrsinfrastruktur und dem öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu bezahlbarem Wohnraum, Gesundheit und Pflege, Bildung, sozialer Sicherung und vielen weiteren Leistungen der öffentlichen Hand. Eine gut funktionierende Daseinsvorsorge ist entscheidend für die Entwicklung nachhaltiger Lebenschancen. Sie ermöglicht gerade auch Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe an der Gesellschaft und trägt damit entscheidend zu einer hohen Lebensqualität bei.

Die vielfältigen Krisen der letzten Jahre stellten auch die Akteure der Daseinsvorsorge vor immense Herausforderungen. Die Corona-Pandemie zeigte, dass Länder, die im Gesundheitsbereich Kürzungen vornahmen, ihre Bevölkerung nicht mehr ausreichend versorgen können. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine brachte nicht nur menschliches Leid über Europa, sondern auch extrem

hohe Energiepreise und eine stark steigende Inflation. Häufiger auftretende Wetterextreme wie mehr Hitzetage, Tropennächte, sintflutartige Regenfälle mit Überschwemmungen oder Waldbrände zeigen, wie dringlich Maßnahmen sind, um den Auswirkungen des Klimawandels Einhalt zu gebieten.

Die Bewältigung der Folgen der Klimakrise erfordert einen ökologischen und sozialen Umbau unseres Wirtschaftssystems. Dieser wird aber nur gelingen, wenn die Menschen sehen, dass dieser Umbau nicht zu Lasten der sozialen Sicherheit und der Qualität der Daseinsvorsorge geht. Die Frage der Finanzierung des sozialökologischen Umbaus ist dabei für Kommunen wie für kommunalwirtschaftliche Unternehmen eine der entscheidenden Fragen, damit öffentliche und kommunale Akteure ihre Leistungen im Interesse der Menschen qualitativ hochwertig und bezahlbar anbieten können. Diese Leistungen müssen unter öffentlicher Kontrolle jenseits des Marktes erbracht werden, um den negativen Folgen von Liberalisierung und Privatisierung Einhalt zu gebieten.

Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ Die öffentliche Daseinsvorsorge als Kernelement eines ökologischen, sozialen und gerechten Umbaus der Wirtschaft ist zu stärken und der Ausbau der kritischen Infrastruktur sicherzustellen
- ⇒ Finanzielle Unterstützung für Städte und Gemeinden, um den sozialen und ökologischen Umbau und Investitionen in die Infrastruktur zu stemmen
- ⇒ Keine weitere Liberalisierung und Privatisierung der Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge. Stattdessen soll ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der Anbieter von Diensten der Daseinsvorsorge zu gemeinwirtschaftlichem Handeln im Sinne der Werte, die im Artikel 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und dem Protokoll Nr. 26 zum EU-Vertrag und zum AEUV über Dienste von allgemeinem Interesse definiert sind, verpflichtet



Städte und Gemeinden als zentrale Akteure der Daseinsvorsorge

Erleichterungen bei der Bildung von interkommunaler Zusammenarbeit

Maßnahmen zur Bekämpfung einer der größten Herausforderungen unserer Zeit, der Klimakrise, werden zu einem großen Teil auf kommunaler Ebene¹ getroffen. Daher müssen den Städten und Gemeinden auf europäischer Ebene neben ausreichenden finanziellen Mitteln – z. B. kommunale Klimainvestitionsfonds² – auch angemessene Mitspracherechte eingeräumt werden. Die Europäische Kommission muss daher dafür Sorge tragen, dass den Kommunen die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge nicht durch Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen sowie weitere Vorgaben unmöglich gemacht oder unverhältnismäßig erschwert wird. Insbesondere im Hinblick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit stoßen die Städte und Gemeinden an ihre Grenzen. Stattdessen braucht es gesetzliche Regelungen, die zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Bereitstellung daseinsvorsorglicher Dienstleistungen im Sinne der Werte, die im Artikel 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und dem

Protokoll Nr. 26 zum EU-Vertrag und zum AEUV, über Dienste von allgemeinem Interesse, definiert sind, wie z. B. Energie, versehen. Interkommunale Zusammenarbeit, öffentlich-rechtliche Verträge und Verwaltungsgemeinschaften sind wichtige Instrumente zur effizienten Erfüllung öffentlicher Aufgaben unter Berücksichtigung eines sparsamen und nachhaltigen Einsatzes der vorhandenen Finanzmittel. Ein Mehr an Bürger:innenservice und eine Optimierung der Verwaltungskosten stehen dabei im Mittelpunkt. Interkommunale Zusammenarbeit, konkret Verwaltungsgemeinschaften und Kooperationen, sind seit 2012 umsatzsteuerpflichtig. Banken und Versicherungen hingegen sind davon ausgenommen, obwohl sie sich in der gleichen Situation befinden. Obgleich im eigenen Wirkungskreis der Kommunen erbracht, verteuerten sich diese Leistungen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit somit auf einen Schlag um 20 Prozent. Es braucht Maßnahmen, um die Finanzkraft der Kommunen zu stärken.



Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ Die unionsrechtliche Grundlage (Art 132 Abs. 1 lit f Mehrwertsteuersystemrichtlinie) sollte auch für Gemeindekooperationen auf nationaler Ebene nutzbar gemacht werden, wie dies bereits für Banken und Versicherungen der Fall ist
- ⇒ Der öffentlichen Hand kommt eine besondere Vorbildrolle bei der Bewältigung sozialer und ökologischer Herausforderungen zu. Dem ist auch im Vergaberecht Rechnung zu tragen
- ⇒ Bei der Formulierung gesetzlicher Vorgaben, die in den Vollzugsbereich der Gemeinden fallen, braucht es klare Vorgaben. Es ist daher in besonderem Maße auf die leichte Lesbarkeit und Verständlichkeit der Bestimmungen Wert zu legen
- ⇒ Das kommunale Selbstbestimmungsrecht in Form wirtschaftlicher Wahlfreiheit hat aufrechterhalten zu bleiben, d. h. regionale und lokale Gebietskörperschaften müssen in Bezugnahme auf Artikel 14 und Protokoll 26 AEUV auch weiterhin die Entscheidungsfreiheit besitzen, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Eigenregie, durch eigene Unternehmen, im Rahmen interkommunaler Kooperation oder durch Dritte erbringen zu lassen
- ⇒ Bildung von interfraktionellen EU-Parlaments-Arbeitsgruppen ‚Urban Affairs‘, ‚Public Services‘ sowie ‚Long-Term Public Investment‘ und Einbindung dieser in den Austausch mit Stakeholder:innen aus dem Tätigkeitsbereich der Daseinsvorsorge, insbesondere aus den Bereichen des sozialen und gemeinnützigen Wohnbaus

Finanzierung der Daseinsvorsorge

Ein Pakt für den sozialen und ökologischen Umbau ist finanzierbar

Für die Finanzierung und den sozialökologischen Umbau der Daseinsvorsorge braucht es einen EU-Klimafonds, eine Entschärfung der neuen Fiskalregeln und eine demokratischere wirtschaftspolitische Steuerung. Die Finanzierung einer gut ausgebauten Daseinsvorsorge ist Sache der Nationalstaaten. Eine wichtige Rolle kommt der europäischen Ebene trotzdem zu, da der soziale und ökologische Umbau der Daseinsvorsorge³ wesentliche Änderungen verlangt und gleichzeitig die Fiskalregeln die Möglichkeiten öffentlicher Finanzierung einschränken. Allein für den Um- und Ausbau des öffentlichen Vermögens (Verkehr, öffentliche Gebäude, Energie) sind in Österreich bis 2030 87 Milliarden € an Mehrausgaben erforderlich. Dafür sollte der erfolgreiche EU-Krisenfonds (Recovery and Resilience Facility) mit grünem Fokus neu und dauerhaft aufgelegt werden,

um Investitionen in den Mitgliedsstaaten zu stärken. Die neue wirtschaftspolitische Steuerung der EU fällt leider enttäuschend aus, da sie nach wie vor auf verkürzte und restriktive Schuldenregeln setzt, immerhin sind diese sinnvoller und langfristiger ausgestaltet. Entscheidend ist dabei allerdings, dass die Schuldentragfähigkeitsanalyse (Debt Sustainability Analysis, DSA), der in den neuen Fiskalregeln eine entscheidende Rolle zukommt, nicht unter unrealistisch scharfen Annahmen durchgeführt wird. Die neuen europäischen Fiskalregeln und deren Überwachung müssen noch mehr Spielraum für den sozialökologischen Umbau bieten und durch eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente, des EU-Parlaments, der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner demokratischer werden.



Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ Einrichtung eines hoch dotierten dauerhaften EU-Klimafonds⁴ zur Finanzierung des sozialökologischen Umbaus
- ⇒ Entschärfung der neuen Fiskalregeln⁵ – insbesondere der Schuldentragfähigkeitsanalyse und mehr Flexibilität bei öffentlichen Zukunftsinvestitionen⁶
- ⇒ Demokratisierung⁷ der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU

¹ <https://www.younion.at/international/klima/studien>

² <https://www.awblog.at/klima-energie/Klimaschutz-Potenzial-der-Staedte-und-Gemeinden>

³ <https://www.etui.org/sites/default/files/Well-being%2C%20EU%20economic%20governance%20Feigl%20Policy%20Brief%20PB%202017.02%20Web.pdf>

⁴ <https://wiiw.ac.at/rrf-2-0-a-permanent-eu-investment-fund-in-the-context-of-the-energy-crisis-climate-change-and-eu-fiscal-rules-dlp-6425.pdf>

⁵ <https://wiiw.ac.at/rrf-2-0-a-permanent-eu-investment-fund-in-the-context-of-the-energy-crisis-climate-change-and-eu-fiscal-rules-dlp-6425.pdf>

⁶ [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2023/741504/IPOL_IDA\(2023\)741504_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2023/741504/IPOL_IDA(2023)741504_EN.pdf)

⁷ <https://www.etui.org/sites/default/files/Well-being%2C%20EU%20economic%20governance%20Feigl%20Policy%20Brief%20PB%202017.02%20Web.pdf>

Energie

Mit einem zukunftsfähigen Energiesystem Versorgungssicherheit garantieren

Um die notwendige Energiewende voranzutreiben, müssen wir allen Menschen die Versorgung mit sauberer und leistbarer Energie garantieren.

Die mangelnde strategische Autonomie in der Energieversorgung führte zu massiven Preissteigerungen auf den Energiemärkten. Über 41 Millionen Menschen in Europa⁸ konnten nicht angemessen heizen. Die liberalisierten europäischen Energiemärkte sind derzeit ungeeignet das energiepolitische Dreieck aus Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Leistbarkeit in einem zufriedenstellenden Ausmaß zu berücksichtigen. Angesichts der enormen Investitionserfordernisse und den damit verbundenen Preisanstiegen droht sich die Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren Stromproduktion und der Stromnetze weiter zu verschlechtern.

Daher braucht es eine Reform der Energiemärkte, die Versorgungssicherheit, Leistbarkeit und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt und Energie als Gut der öffentlichen Daseinsvorsorge anerkennt. Den Energie-

unternehmen muss ihre gemeinwirtschaftliche Verantwortung stärker gesetzlich vorgeschrieben werden. Zudem müssen die Kosten für die Energiewende fair verteilt werden, um die nötige Akzeptanz für die Energiewende zu gewährleisten. Die öffentliche Hand braucht außerdem fiskalpolitische Handlungsspielräume, um notwendige Zukunftsinvestitionen tätigen zu können und private Investitionen auslösen zu können. Nur so kann der Bevölkerung die Energieversorgung zu leistbaren Preisen und ökologisch nachhaltig zur Verfügung gestellt werden. Weiters sollten möglichst viele Bürger:innen die Möglichkeit erhalten, sich einfach an der Energiewende zu beteiligen. Dies kann durch Energiegemeinschaften oder Peer-to-Peer-Modelle geschehen. Wichtig ist, dass dabei auch energiearme Haushalte partizipieren können. Für das Gelingen der Energiewende bedarf es einer ausreichenden Zahl an gut ausgebildeten Fachkräften. Dazu braucht es eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive und attraktive Arbeitsbedingungen.

Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ Grundlegende Reform des EU-Strommarktdesigns, sodass neben der Versorgungssicherheit und der Nachhaltigkeit auch die Leistbarkeit stärker im Mittelpunkt steht
- ⇒ Die Reform muss das Recht nach leistbarer Energie stärker berücksichtigen, indem vor allem die Verbraucher:innenpreise den tatsächlichen Herstellungskosten entsprechen. Außerdem muss der Strom- vom Gaspreis entkoppelt werden und für vulnerable Haushalte ein Grundbedarf an leistbarer Energie durch regulierte Preise gewährleistet werden
- ⇒ Förderung eines effizienten Netzausbaus, gezielte Investitionen in erneuerbare Energien und Speicherinfrastruktur, sowie eine verursachergerechte Verteilung der Kosten unter Einbeziehung internationaler Händler und Stromerzeuger
- ⇒ Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte in der Energiewirtschaft



Mobilität

Mobilitätswende sozialverträglich gestalten

Die Stärkung des öffentlichen Verkehrs (Schiene, Straßenbahn, Busse, ...) bildet die Grundlage für eine sozialverträgliche Mobilitätswende, die den Übergang in eine dekarbonisierte Gesellschaft ermöglicht. Unabhängig vom Wohnort benötigen die Menschen ein sicheres und verlässliches Angebot des öffentlichen Verkehrs für alle zu erschwinglichen Preisen – also eine Mobilitätsgarantie.

20 Jahre Liberalisierung des Eisenbahnsektors haben dazu geführt, dass dessen Marktanteil EU-weit gesunken⁹ ist. Im Bahn- und Busverkehr¹⁰ führte der Trend zu Ausschreibungen zu einem Wettbewerb über

die Personalkosten und wurde damit vor allem auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.¹¹ Der Mangel an qualifizierten Berufslenker:innen und geringes Sozialprestige sind die Konsequenzen dieser Fehlentwicklung. Diese Wettbewerbsspirale nach unten hat nachweislich zu keiner Verbesserung für Fahrgäste¹² geführt. Wie erfolgreiche Eisenbahnsysteme in der Schweiz und Österreich zeigen, hat sich die Direktvergabe an öffentliche Eisenbahnunternehmen bewährt. Ähnliches gilt für den Busverkehr. Daher gilt es die Direktvergabe für eine sozialverträgliche Mobilitätswende zu stärken.

Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ eine Rücknahme aller Liberalisierungsbestrebungen sowie mehr Investitionen, um die Mobilitätswende zu stemmen
- ⇒ Sicherung der bestehenden Direktvergabe im Nah- und Regionalverkehr
- ⇒ Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte im Mobilitätsbereich
- ⇒ Bei Ausschreibungen sind Qualitäts- und Sozialkriterien vorzusehen, die möglichst gute Arbeitsbedingungen sicherstellen. Das mildert auch den Fachkräfte- bzw. Fahrer:innenmangel
- ⇒ EU-Förderungen für Städte und Gemeinden, um die sozialverträgliche Mobilitätswende finanzieren zu können. Die Gegenfinanzierung kann über das Ende von unsozialen und unökologischen Steuersubventionen und anderen Push-Maßnahmen (z. B. Steuer- & Mautsystemen) im Straßen- und Flugverkehr erfolgen



⁸https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_MDES01/default/table?lang=en

⁹https://transport.ec.europa.eu/facts-funding/studies-data/eu-transport-figures-statistical-pocketbook_en

¹⁰https://www.etf-europe.org/wp-content/uploads/2018/09/Social-conditions-in-UPT_report_DE.pdf

¹¹<https://www.etf-europe.org/resource/green-deal-our-deal-conference-files/>

¹²https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/eurobarometer-rail-satisfaction-europeans-increasingly-satisfied-passenger-rail-services-2018-09-18_en

Wohnen

Zugang zu leistbarem Wohnraum für alle

Insbesondere in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist die Schaffung leistbaren Wohnraums wichtiger denn je. Die Wahrung sowie Förderung sozialer Durchmischung zählen ebenso zu den Eckpfeilern einer gelungenen Wohnbaupolitik wie die Schaffung von qualitativ und leistbarem Wohnraum in ausreichendem Umfang. Leistbarer und qualitativ hochwertiger Wohnraum ist für alle EU-Bürger:innen essenziell, um ihre Lebensqualität in den Städten und Gemeinden sichern zu können. Wohnen ist ein Menschenrecht, verbrieft durch Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte!¹³ Privatisierungen am Wohnungsmarkt, finanzielle Kürzungen der

Wohnbauförderung sowie der Aufkauf von wertvollem urbanem Wohnraum durch Investor*innen führten vielerorts in Europas Städten zu einem übermäßigen Anstieg des privaten unregulierten Wohnungsmarktanteils. Das Ergebnis: Die Abnahme der preisdämpfenden Wirkung, die ein starker sozialer Wohnbausektor auf die Mietkosten hat.¹⁴ Insbesondere ohnehin vulnerable Personengruppen wie Alleinerziehende, Migrant:innen und physisch/psychisch beeinträchtigte Menschen trifft das gravierend. Die am freien Markt kontinuierlich gestiegenen Mietkosten sind zu stabilisieren bzw. zu senken.

Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ Einrichtung eines zweckgebundenen Wohnbau-Fonds auf europäischer Ebene, um Investitionen in den Ausbau des sozialen Wohnbaus und die thermische Sanierung zu fördern
- ⇒ Verbesserte Zugänglichkeit zu EU-Fördertöpfen für gemeinnützige Wohnbauträger zum Zwecke einer nachhaltigen Wohnraumschaffung
- ⇒ Verbesserung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für leistbares Wohnen auf europäischer Ebene
- ⇒ Die Verhinderung sogenannter „renovictions“, also der Delogierung von Mieter:innen nach erfolgten häuslichen Renovierungs- oder thermischen Sanierungsmaßnahmen, durch Harmonisierung des rechtlichen Rahmens und der Förderungen einerseits und Stärkung der Mieter*innenrechte andererseits in Hinblick auf sozial verträgliche Sanierungsmaßnahmen
- ⇒ Überarbeitung des Almunia-Pakets um die Förderung von Daseinsvorsorge aus dem Korsett des Art 107 AEUV zu lösen
- ⇒ Es braucht einen europäischen Rahmen, der die Rolle und die Bedürfnisse der Städte bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit angemessen berücksichtigt. Darüber hinaus bedarf es Maßnahmen zur Unterstützung von vulnerablen Gruppen, etwa durch Finanzierung von Programmen von EPOCH-Mitgliedstaaten („European Platform on Combatting Homelessness“)¹⁵ seitens der EU-Kommission, mit dem Ziel einer ganzheitlichen Bekämpfung von Obdachlosigkeit (Housing first, etc.)
- ⇒ In Weiterführung der bisherigen Regulierungsmaßnahmen der Kurzzeitvermietung auf europäischer Ebene¹⁶ braucht es eine verpflichtende Offenlegung vonseiten Kurzzeitvermietungsplattformen, um dem Phänomen des dauerhaften Entzugs von Wohnungen vom Wohnungsmarkt, maßgeblich ausgelöst durch ebendiese gewerblich handelnden Kurzzeitvermietungsplattformen effektiv begegnen zu können



Wasser

Wasserversorgung krisenfest gestalten

Die Versorgung mit sauberem und leistbarem Wasser ist ein UN-Menschenrecht¹⁷ und muss gerade in Zeiten der fortschreitenden Klimakrise sichergestellt und verteidigt werden.

Steigende Temperaturen bedeuten auch in Europa die Zunahme von Extremwetterereignissen wie Dürre, Starkregen sowie Hochwasser und führen verstärkt zu Nutzungskonflikten. Gleichzeitig kommt es auf der

europäischen Ebene immer wieder zu Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen im Wasserbereich, die bislang jedoch erfolgreich abgewehrt werden konnten. Um auch zukünftig eine öffentliche Wasserversorgung von hoher Qualität und zu leistbaren Preisen sicherzustellen, ist eine bessere Koordinierung und vorausschauende Planung notwendig.

Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ Es braucht eine europäische Rahmenstrategie, einen „EU-Blue-Deal“¹⁸, der das Menschenrecht auf Wasser und eine Sensibilisierung hinsichtlich Wasserarmut, die faire Verteilung der Wasserressourcen sowie die Verbesserung der Wasserinfrastruktur in den Blick nimmt und Forschung und Innovation stärkt
- ⇒ Der Vorrang der Trinkwasserversorgung gegenüber allen anderen Nutzungsinteressen muss sichergestellt werden
- ⇒ Es braucht ein klares Bekenntnis zu einer Wasserversorgung in öffentlicher Hand. Diese hat aufgrund ihrer Gemeinwohlorientierung und den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die besten Voraussetzungen, um die zukünftigen Herausforderungen der Wasserwirtschaft gut zu bewältigen und die Wasserversorgung für die nächsten Generationen zu sichern
- ⇒ Liberalisierungsverpflichtungen sind strikt abzulehnen und die Ausnahmen in der Konzessionsrichtlinie für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die im Zuge der ersten erfolgreichen europäischen Bürger:inneninitiative „Right2Water“ erreicht wurden, sind unbedingt beizubehalten
- ⇒ EU-Mittel sind zielgerichtet für den Infrastrukturausbau bereitzustellen, um insbesondere strukturschwache Gebiete, deren Infrastruktur saniert werden muss, finanziell zu unterstützen
- ⇒ Das „Polluter Pays Principle“¹⁹ sowie die „Extended Producers Responsibility“²⁰ müssen tatsächlich umgesetzt und umfassend eingeführt werden, da sonst die Aufbereitungskosten für die Eliminierung chemischer Stoffe aus den Rohwässern weiterhin von den Wasserkund:innen und nicht von den Verursachern dieser Substanzen (PFAS, POP, PMT, Agrochemikalien, Mikroplastik, etc.) getragen werden



¹³<https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

¹⁴https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=69779&mime_type=application/pdf

¹⁵https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_3044

¹⁶C:\Users\istrutzm\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\0U8E0VKM\bisherigen Regulierungsmaßnahmen der Kurzzeitvermietung

¹⁷<https://www.menschenrechtsabkommen.de/recht-auf-sauberes-wasser-1122/>

¹⁸<https://www.eesc.europa.eu/en/agenda/our-events/events/eu-blue-deal>

¹⁹https://environment.ec.europa.eu/economy-and-finance/ensuring-polluters-pay_en

²⁰<https://www.oecd.org/environment/waste/Extended-producer-responsibility-Policy-Highlights-2016-web.pdf>

Soziales

Soziale Dienstleistungen bedarfsgerecht ausbauen

Care-Arbeit – lebenszyklusorientiert, also von Kinderbetreuung bis zur Pflege – ist wesentlich für die gesellschaftliche Wohlfahrt: Alle Menschen haben ein Recht darauf, gut versorgt zu werden und in Würde zu leben. Gegenwärtig gibt es u. a. im Bereich der Elementarbildung und Altenpflege eine massive Unterversorgung in vielen EU-Ländern. Das führt dazu, dass notwendige Betreuungsleistungen in private Haushalte verschoben werden und Care-Arbeit auch heute noch überwiegend von Frauen geschultert wird. Diese Arbeit ist oft unbezahlt, weil professionelle Einrichtungen fehlen, die Qualität bzw. der Zugang (Öffnungszeiten, regionale Verfüg-

barkeit, ...) oder die Leistbarkeit nicht in adäquater Form angeboten werden.

Daher braucht es Maßnahmen und Investitionen, um diese Versorgungsdefizite zu beheben, einheitliche Standards in Europa zu garantieren und diese lebensnotwendige Arbeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Investitionen in soziale Dienstleistungen bringen enorme Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte²¹ und finanzieren sich dadurch zu großen Teilen selbst. Konkret braucht es folgende Schritte, um die gesamtgesellschaftliche Situation zu verbessern:

Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ Ausweitung der EU-Care-Strategie auf weitere Bereiche der Care-Arbeit, wie z. B. Soziale Arbeit
- ⇒ Entwicklung von Mindestversorgungszielen für Menschen mit Pflegebedürftigkeit, vergleichbar zu den erweiterten Barcelona-Zielen²² für die Kinderbetreuung und Monitoring dieser Ziele
- ⇒ EU-Programme und EU-Finanzierung für qualitativ hochwertige Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen, dies umfasst gesunde Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze, berufliche Ausbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten



Gesundheit

Menschen haben ein Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung

Alle in der EU lebenden Menschen haben ein Recht auf eine gute und leistbare Gesundheitsversorgung. Der demografische Wandel stellt das Gesundheitssystem vor zusätzliche Herausforderungen. Bereits jetzt werden Versorgungslücken sichtbar – von mangelnden Angeboten in der Diabetesversorgung, langen Wartezeiten auf Behandlungen, bis hin zu Lücken in der Versorgung bei zunehmenden psychischen Erkrankungen und Belastungen. Bei Medikamenten und wichtigen Wirkstoffen gibt es vermehrt Engpässe. Die COVID-19-Pandemie zeigte

einerseits die Abhängigkeit der EU-Länder von internationalen Lieferketten. Andererseits führten die jahrelang vonseiten der EU-Kommission und OECD eingeforderten Kürzungen im Gesundheitswesen zu einem Spitalbettenabbau und Leistungseinschränkungen, die im Krisenfall für Menschen tödlich sein können.

Um eine gute und krisensichere Gesundheitsversorgung und die ausreichende Bereitstellung von Medizinprodukten in der EU zu gewährleisten, fordern wir:

Wir fordern von der EU-Politik:

- ⇒ EU-weit abgestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen²³ zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit kritischen Gütern
- ⇒ Erhalt, Aus- und Aufbau der Produktion von elementaren Versorgungsgütern und Pharmazeutika in der EU
- ⇒ Diversifizierung von Herstellern und Lieferketten von Arzneimitteln und Medizinprodukten bei gleichzeitiger Sicherstellung der Beschaffung
- ⇒ Internationaler Knowhow-Transfer und Abschaffung von Patentrechten für kritische Gesundheitstechnologien und Arzneimittel
- ⇒ Festhalten an den Grundsätzen der EU-Pharmastrategie, die Patient:inneninteressen in den Mittelpunkt rückt
- ⇒ Förderung von Gemeinnützigkeit als zentrales Prinzip im Gesundheits- und Pflegebereich
- ⇒ Schließung von Einfallstoren für gewinnorientierte Investoren im Gesundheits- und Pflegebereich inklusive einer verstärkten Investitionskontrolle



²¹<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/zsr-2022-0009/html>

²²https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13107-Uberarbeitung-der-Barcelona-Ziele-fur-Kinderbetreuung-zur-Steigerung-der-Erwerbsbeteiligung-von-Frauen_de

²³<https://www.oefse.at/publikationen/detail/publication/show/Publication/wirtschaftspolitische-massnahmen-zur-erhoehung-der-versorgungssicherheit->

Digitale Infrastruktur

Ausbau und Sicherung digitaler Infrastrukturen

Der Ausbau und die Sicherung der digitalen Infrastruktur sind ein wesentlicher Treiber für ein Europa der wirtschaftlichen Innovation und sozialen Teilhabe. Es braucht neue Regelungen, öffentliche Finanzierung bzw. Förderprogramme und ein starkes Engagement für den Ausbau und die Sicherung digitaler Infrastrukturen im Sinne der Daseinsvorsorge für alle EU-Bürger:innen. Die Bestrebungen der Europäischen Kommission, einen „allgegenwärtigen digitalen Binnenmarkt“²⁴ zu schaffen sind unterstützenswert, um den Schutz von öffentlichen, unternehmerischen und privaten Daten zu gewährleis-

ten. Dabei müssen jedoch die besonderen Bedürfnisse von öffentlichen und gemeinnützigen Unternehmen sowie Akteuren der Daseinsvorsorge, insbesondere auch von Städten und Gemeinden, berücksichtigt werden, da diese das Rückgrat für Wohlstand und Sicherheit im Alltag der Menschen bilden. Ein negatives Beispiel hierfür ist der US-Konzern Amazon, der aufgrund seiner digitalen Marktdominanz den lokalen Einzelhandel und Arbeitnehmer:innenrechte unter Druck bringt, und gleichzeitig Steuern optimiert.

Wir fordern von der EU-Politik:



- ⇒ Nachdrücklich neue Regelungen, die eine Monopolstellung gewinnorientierter Unternehmen einschränken und verhindern
- ⇒ Digitale Infrastrukturen, die von der öffentlichen Hand gezielt gefördert und flächendeckend gesichert werden, sollen Wertschöpfung erzeugen und allen EU-Bürger:innen ein gutes Leben ermöglichen
- ⇒ Die Abhängigkeit von anderen außereuropäischen Ländern (z. B. Indien, China, USA) muss reduziert werden, indem insbesondere auch im Bereich der Hyperscaler entsprechende europäische Initiativen gesetzt werden. Dies ist insbesondere notwendig, um die mit den Daten verbundenen Analysefähigkeiten (und darauf basierenden Geschäftsmodellen) nicht vollständig zu verlieren
- ⇒ Aufbau europäischer Frameworks bzw. Zertifizierungen von Cloud Infrastruktur für die Nutzung durch die öffentliche Hand analog den US-Systemen (FedRAMP oder DoD Impact Levels)
- ⇒ Steueroptimierungsstrategien multinationaler Digitalkonzerne sollen bekämpft werden
- ⇒ Die EU-Digitalisierungsstrategie, die im Einklang mit der Europäischen Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen steht, hat ausbeuterische Praktiken wie beispielsweise die Externalisierung sozialer Kosten zu unterbinden.
- ⇒ Der Schutz der kritischen Infrastruktur ist bei allen digitalen EU-Initiativen sicherzustellen

²⁴<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/43/der-allgegenwaertige-digitale-binnenmarkt>